

## JAHRESBERICHT 2013 DES VPOD ZÜRICH KANTON



### Inhalt

Privatisierung des Spitals Affoltern erfolgreich verhindert	Seite 2
Kantonale Pensionskasse BVK: Anhaltende Turbulenzen durch das ganze Jahr	Seite 3
Lohn und Ferien: Regierungsrat chronisch gegen das Personal	Seite 4
Verweigerte Lohnkorrekturen: Der VPOD bleibt hartnäckig	Seite 5
Lohnerfolg im Zentrum für Ausbildungen im Gesundheitswesen Kanton Zürich	Seite 6
Unruhe und Aufruhr an der Universität Zürich	Seite 6
Universitätsspital Zürich: Alte Forderungen erfolgreich durchgesetzt	Seite 7
Weitere Aktivitäten in Kürze	Seite 8
Vorstand und Sekretariat	Seite 11

## Privatisierung des Spitals Affoltern erfolgreich verhindert

Die Stimmbevölkerung im Bezirk Affoltern legte am 24. November 2013 ein klares Votum gegen die Privatisierung ihres Spitals in die Urne. Sowohl die Auflösung des Zweckverbands wie auch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft wurden deutlich verworfen. Das Engagement des VPOD, der SP, des für diese Abstimmung eigens gegründeten Vereins Pro Zweckverband und vieler Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Affoltern für ein öffentliches Spital hat sich gelohnt. Die Bevölkerung will weiterhin Einfluss nehmen können auf ihr Akutspital, die Langzeitpflege und die weiteren Angebote des Spitals Affoltern wie Psychiatrie, Palliative Care und Rettungsdienst. Die Bevölkerung will nicht, dass private Investoren auf Kosten ihrer Gesundheit Geschäfte machen.

Das klare Resultat im Bezirk Affoltern war in Anbetracht der gross angelegten und teilweise mit unfairen Mitteln geführten Kampagne der Privatisierer überraschend. Mit Ausnahme der SP unterstützten alle Parteien die Privatisierungsvorlage. Selbst die Chefärzt/innen des Spitals und die Hausärzt/innen des Bezirks liessen sich in die Privatisierungskampagne einspannen. Im Spital



selbst wurde bis zur Intervention des VPOD nur die Propaganda der Befürworter erlaubt, während Mitarbeitenden mit kritischer bis ablehnender Haltung klar gemacht wurde, dass ihre Informationen nicht geduldet werden. Diese Missachtung der Meinungsfreiheit hat die Skepsis der Bevölkerung gegen die Privatisierungsvorlage wohl noch verstärkt. Der Spitaldirektor wurde erst aktiv, als der VPOD mit einer Aufsichtsbeschwerde drohte.

Die geplante Privatisierung des Spitals Affoltern beschäftigte die Sektion das ganze Jahr hindurch. Sie Sektion beteiligte sich an der Vernehmlassung zum Privatisierungsprojekt, war an öffentlichen Veranstaltungen und Delegiertenversammlungen des Spitalzweckverbandes präsent und organisierte am 29. April eine Versammlung für das Spitalpersonal, um über die Gefahren einer Privatisierung des Spitals zu informieren und den Kontakt mit dem Personal

zu verstärken. Auf Antrag der Sektion unterstützte auch die VPOD Region Zürich die Kampagne gegen die Spitalprivatisierung und verabschiedete an ihrer Jahresversammlung im Mai eine Resolution zum Thema.

Auch mit seiner Abstimmungskampagne war der VPOD sehr präsent im Bezirk Affoltern. Der VPOD-Abstimmungsflyer wurde in alle Haushaltungen, auf Bahnhöfen und vor Einkaufszentren verteilt. Mit Plakaten, Inseraten, Leser/innen-Briefen und über eine Abstimmungshomepage informierte der VPOD über die zahlreichen Gründe, die gegen eine Privatisierung und für ein öffentliches Spital sprechen.

Parallel zum Engagement gegen die Privatisierung unterstützte der VPOD im Spital eine Personalvertretung bei der Überarbeitung des Personalreglements, das bei einer Privatisierung des Spitals in Kraft getreten wäre. Die Belegschaft wurde u.a. an Personalversammlungen in diesen Prozess einbezogen.

## Kantonale Pensionskasse BVK: Anhaltende Turbulenzen durch das ganze Jahr

Die Pensionskasse BVK hielt den VPOD auch 2013 auf Trab. Hier die wichtigsten Stationen:

16.1.2013: 6221 BVK-Versicherte unterstützen die VPOD-Petition zur Behebung der Korruptionsschäden.

28.1.2013: Wer veränderte die BVK-Statuten eigenmächtig? Kantonsräte verlangen Auskunft.

3.3.2013: Volks-JA zur Einmaleinlage. Der Einsatz des VPOD für den Kantonsratsbeschluss über die Behandlung der Einmaleinlage macht sich bezahlt. Während Wochen war der VPOD mit Abstimmungsplakat, Flyern, Diskussionen usw. unterwegs. Am 3. März 2013 hat das Stimmvolk des Kantons Zürich mit zwei Dritteln gegen SVP und GLP zugestimmt, dass die Altschulden an die BVK im Wesentlichen vom Kantonsvermögen von gegen 10 Milliarden Franken zurück bezahlt werden. So wird die Zürcher Bevölkerung, die Gemeinden, Spitäler und auch das Personal im öffentlichen Dienst weitgehend geschont.

19.4.2013: Regierungsrat schiebt die Verantwortung den BVK-Geschädigten zu.

17.6.2013: Staatsanwaltschaft, Kanton und Verteidigung ziehen fünf der sechs Urteile des Bezirksgerichts Zürich an das Obergericht weiter.

19.7.2013: Schnöde Antwort des Regierungsrats an die BVK-Petitionär/innen. Mitte Januar hatte der VPOD eine Petition eingereicht, mit der BVK-Versicherte den Kanton aufforderten, zu seiner Verantwortung für die Korruptionsschäden an der BVK zu stehen. Der Regierungsrat will sich einmal mehr aus der Affäre stellen, indem er alle und alles für die derzeitige Unterdeckung der BVK verantwortlich macht – nur nicht die handfeste Korruption des ehemaligen BVK-Anlagechefs und die fahrlässige Aufsicht des Regierungsrates. Er weigert sich auch, von sich aus das präzise Schadensmass zu bemessen und darzulegen, wie diese Schäden zu beheben sind. Auf die Forderung der BVK-Petition, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, geht er mit keinem Wort ein. Der VPOD rief die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich auf, entschieden dafür zu sorgen, dass der Regierungsrat endlich zu seiner Verantwortung steht und entsprechende Massnahmen anpackt. Zudem appellierte er an die Verantwortlichen der Gemeinden und weiterer Arbeitgeber, die ihre Angestellten bei der BVK versichert haben, entsprechend auf den Regierungsrat einzuwirken und ihn zum verantwortungsvollen Handeln zu bewegen.



Der VPOD rief den Regierungsrat im Namen der 100'000 BVK-Versicherten zudem auf, schon jetzt Rückstellungen zu bilden für die Schadensbehebung bei der BVK.

Der VPOD rief die zuständige BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich auf, entschieden dafür zu sorgen, dass der Regierungsrat endlich zu seiner Verantwortung steht und entsprechende Massnahmen anpackt.

2.9.2013: Eine ungültige Fussnote in den Statuten der kantonalen Pensionskasse BVK führte dazu, dass im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis am 31. Dezember 2012 BVK-Versicherte ab vollendetem 55. Altersjahr von ihrer Arbeitgeberin entlassen wurden, ohne auf die Möglichkeit einer Entlassung altershalber hingewiesen worden zu sein. Der VPOD hatte gegenüber der BVK und anderen Instanzen wiederholt und vergeblich darauf hingewiesen, dass diese Fussnote bei Entlassung bei betrieblichen Gründen keine Gültigkeit hat, weil sie dem Kantonsrat nie zur Genehmigung vorgelegt wurde. In seiner Antwort auf die

kantonsrätliche Anfrage unseres Sektionspräsidenten Andi Daurù sowie Jorge Serra (KR-Nr. 37/2013) gab der Regierungsrat dem VPOD Recht: Diese Fussnote war falsch. Der VPOD forderte den Regierungsrat deshalb schriftlich auf, die geschädigten Personen zu ermitteln und Massnahmen zur Wiedergutmachung einzuleiten. In seiner Antwort an den VPOD hält der Regierungsrat fest, dass er sich nicht in der Lage sieht, die Betroffenen ausfindig zu machen. Im genannten Zeitraum entlassene Personen, die einen Anspruch auf Entlassung altershalber zu haben glauben, sollen diesen selbst bei der BVK zur Leistungsprüfung anmelden. „Wir vertrauen darauf, dass die damaligen Entlassungen korrekt und nach massgebenden Bestimmungen erfolgt sind. Von weiteren Massnahmen kann deshalb abgesehen werden.“ Mit diesen Worten schloss der Regierungsrat sein Schreiben an den VPOD – obwohl er vom VPOD explizit darüber informiert wurde, dass z.B. im Universitätsspital Entlassungen nicht korrekt erfolgt waren.

13.9.2013: Kompromiss um BVK-Spitze. Der Ende 2012 gewählte Stiftungsrat der Pensionskasse BVK hat sich konstituiert. Als Präsident gewählt wurde der Arbeitgebervertreter Bruno Zanella, Leiter Human Resources der Flughafen Zürich AG. Vizepräsidentin ist die Arbeitnehmervertreterin Lilo Lätzsch, Sekundarlehrerin und Präsidentin des Dachverbands der Zürcher Lehrerschaft (ZLV). Vorgesehen ist, dass Zanella und Lätzsch für die zweite Hälfte der vierjährigen Amtszeit die Funktionen tauschen. Der Gewerkschaft VPOD geht dieser vom Stiftungsrat beschlossene Kompromiss zu wenig weit. Für den VPOD wäre es ein starkes Zeichen gewesen, wenn gleich zu Beginn eine Vertretung der Arbeitnehmenden den 18-köpfigen BVK-Stiftungsrat präsidiert hätte. Nach den Debatten über die nötig gewordene Sanierung und die von einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aufgearbeitete Korruptionsaffäre wäre dies vertrauensbildend gewesen. Der VPOD verlangte, dass nun eine nachhaltige Anlagepolitik ohne Abenteuer betrieben werde, dass die von der PUK als Option genannte Haftungsklage gegen ehemalige Regierungsräte geprüft werde und dass die Gemeinden den Kanton für frühere Versäumnisse in die Pflicht nähmen.

12.12.2013: Unglaublich aber wahr! Der Stiftungsrat wollte BVK-Chef Thomas Schönbächler eine Lohnerhöhung von 260'000 auf 380'000 Franken gewährt – fast 50% mehr per 1. Januar 2014, just dem Tag, an dem er nicht mehr kantonal Angestellter ist. Der VPOD reagierte sofort mit einem Protestschreiben, das kurz vor Weihnachten lanciert und bis Ende Januar von 4500 Personen unterzeichnet wurde.

## Lohn und Ferien: Regierungsrat chronisch gegen das Personal

Nach der einmal mehr enttäuschenden Lohnrunde per 1.1.2013 reichte die Verhandlungsgemeinschaft aus VPOD, KV Zürich, Syna und AvenirSocial für die Lohnrunde per 1.1.2014 bei der Finanzdirektion im Mai die gleichen Forderungen ein, die sie bereits ein Jahr zuvor deponiert hatte: 4000 Franken Mindestlohn, vorbehaltlose Gewährung des Teuerungsausgleichs, 150 Franken Lohnerhöhung für alle, eine deutliche Verbesserung der Erschwerniszulagen bei Schicht- und Wochenendarbeit (diese wurden seit 1999 nicht mehr angepasst) sowie eine Woche mehr Ferien für alle. Die seit Jahren anhaltende Lohnstagnation, neue BVK-Belastungen, die zunehmende Lohnschere auch in kantonalen selbständigen Betrieben sowie die vergleichsweise schlechten Ferienbedingungen trotz der nach wie vor hohen 42-Stunden-Woche waren ausreichende Begründung für die Forderungen



an die Regierung. Zudem schloss auch die Staatsrechnung 2012 mit einem Plus von 106 Mio. Franken ab, nachdem der Regierungsart für den Kantonshaushalt ein Minus von 82 Mio. Franken vorausgesagt hatte. Seit Jahren budgetiert der Regierungsrat zu pessimistisch und verweigert dem Personal unter diesem Vorwand eine zählbare Lohnentwicklung und eine Anpassung der Ferienbedingungen an die Mindeststandards der Mehrheit der Arbeitgeber, will heissen fünf Wochen im Minimum.

Der Kanton müsste seine Löhne gemäss eigenen Vorgaben der Lohnentwicklung im Wirtschaftsraum Zürich anpassen. Sie sind von 2010 bis 2013 nominal nur um 3,4 Prozent gestiegen. Im Vergleich dazu die Referenzwerte: UBS-Lohnumfrage +4,4%, Deutschschweizer Kantone +4,6%, ETH +6%, Bund +8,2%. Der Abstand vergrössert sich von Jahr zu Jahr, da der Kanton nicht nachzieht, sondern sein eigenes Lohnrecht missachtet.

Erneut hat der VPOD vom Regierungsrat vergeblich eine Kehrtwende in der Personalpolitik verlangt. Mit seinem Entscheid für die Lohnrunde 1.1.2014 blieb er weit hinter den Forderungen des



VPOD zurück. Er gewährte dem Personal lediglich 0,4 Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen (vollumfänglich finanziert aus dem Rotationsgewinn) und 0,2 Prozent der Lohnsumme für Einmalzulagen. Der Antrag des Sektionspräsidenten Andi Daurü in der Budgetdebatte des Kantonsrats auf Erhöhung des Budgets um 90 Millionen Franken, zweckgebunden für die Lohnentwicklung des Personals, wurde mit 112:57 Stimmen deutlich abgelehnt. Damit ist der Kanton Zürich bei der Lohnentwicklung im Vergleich zu anderen Arbeitgebern im Wirtschaftsraum Zürich noch mehr in Rückstand geraten und stellt seine Attraktivität als Arbeitgeber aufs Spiel. Der VPOD verurteilte die Sparpolitik des Regierungsrats sowie der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat auf Kosten des Personals.

## Verweigerte Lohnkorrekturen: Der VPOD bleibt hartnäckig

In zwei Abteilungen der kantonalen Klinik Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) verlangt der VPOD Lohnkorrekturen bei den Pflegefachpersonen: Im Kriseninterventionszentrum (KIZ) und in der Adoleszentenstation (Ado). Leider konnte im vergangenen Jahr in beiden Fällen noch keine Anpassung der Löhne erreicht werden.

Für die Pflegenden im KIZ verlangte der VPOD bereits im Jahr 2008, dass ihr Lohn um eine Lohnklasse erhöht und damit die erfolgreiche Lohnklage des VPOD für die Pflegenden des KIZ der Psychiatrischen Universitätsklinik umzusetzen. Nachdem die ipw diese Korrektur verweigerte, beauftragte der VPOD Rechtsanwältin Bibiane Egg, die am 1. Juli 2010 bei der Gesundheitsdirektion einen Rekurs gegen die diskriminierende Lohneinreihung einreichte. Da dieser Rekurs bei der Gesundheitsdirektion trotz wiederholter Nachfrage unbearbeitet blieb, fasste der VPOD im Jahr 2013 ins Auge, dagegen mit einer Beschwerde wegen Rechtsverzögerung bzw. Rechtsverweigerung vorzugehen. Nach dieser Drohung startete die Gesundheitsdirektion die Bearbeitung des Rekurses. Ein Entscheid lag Ende Jahr aber noch nicht vor.

Ein ähnlicher Hintergrund hat die Forderung des VPOD nach einer höheren Lohneinreihung der Pflegenden in der Ado der ipw. Am 1.12.2007 eröffnete die ipw eine neue Station für adolozente Patientinnen und Patienten. Damit wurde das bisher ausschliesslich vom Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) geführte Angebot im Kanton Zürich erweitert. Trotz gleicher Aufgaben

erhalten die Pflegenden in Winterthur weniger Lohn als ihre Berufskolleg/innen im KJPD. Auch hier hatte der VPOD mit einer Lohnklage durchgesetzt, dass die Pflegenden im KJPD eine Lohnklasse höher eingereiht werden als auf anderen Stationen. Der entsprechende Entscheid des Verwaltungsgerichts stammt aus dem Jahr 2006 und hätte der ipw bei der Eröffnung ihrer Ado-Station bekannt sein müssen. Zusammen mit den auf der Ado tätigen Mitgliedern hat der VPOD im vergangenen Jahr bei der ipw die Forderung nach einer Korrektur der Lohneinreihung und rückwirkende Lohnnachzahlungen deponiert. Da es sich leider abzeichnete, dass die ipw auch hier nicht freiwillig einlenken wird, wurde Rechtsanwältin Bibiane Egg beauftragt, die Lohnkorrektur notfalls auf dem gerichtlichen Weg einzufordern.



## Lohnerfolg im Zentrum für Ausbildungen im Gesundheitswesen Kanton Zürich

Ein toller Erfolg erzielte der VPOD für die Lehrkräfte im Zentrum für Ausbildungen im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG). Zusammen mit den Lehrkräften erreichte er, dass die jahrelange Lohndiskriminierung gegenüber den übrigen Berufsschullehrer/innen endlich korrigiert wurde. Auf 1. September 2013 wurden ihre Löhne deutlich nach oben angepasst: Während die Lehrkräfte der Berufsschulen im Kanton Zürich in die Lohnklassen 17 bis 21, die Berufsschullehrpersonen mbA sogar in die Lohnklassen 19 bis 22 eingereiht sind, lagen die Löhne der mehrheitlich weiblichen Lehrkräfte im ZAG nur in den Lohnklassen 15 bis 19. Es brauchte Geduld, Hartnäckigkeit sowie die Betreibung der Bildungsdirektion durch Lehrkräfte, bis diese die seit Eröffnung des ZAG geforderte Lohnkorrektur vornahm. Auch wenn die Bildungsdirektion 8 Jahre für die Umsetzung der Lohnleichheit brauchte, ist ihr zugute zu halten, dass der VPOD sie nicht mit einer Lohnklage und einem Verwaltungsgerichtsurteil dazu zwingen musste. Ausstehend war Ende Jahr die Ausrichtung der Lohnnachzahlungen, die den Lehrkräften zustehen.

## Unruhe und Aufruhr an der Universität Zürich

Rund um die Affäre Mörgeli kam die Universität Zürich nicht zur Ruhe. Mit der am 29.10.2013 erfolgten Entlassung von VPOD-Mitglied Iris Ritzmann, als Professorin auch stellvertretende Direktorin des Medizinhistorischen Instituts, setzte die Universitätsleitung – als hätte das bisherige Trauerspiel noch nicht genügt – noch einen Eskalationsschritt oben drauf. Dies führte entsprechend zu einer Anfrage im Kantonsrat von Res Marti (Grüne, Zürich) und Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen).

Ende Oktober wurde zudem bekannt, dass die Universitätsleitung der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich Zugang zu E-Mail- und Telefondaten von Angehörigen der Universität verschaffte. Als Gewerkschaft, die Mitarbeitende aus allen Personalkategorien der Universität vertritt, war der VPOD über diesem Vorfall empört. Er hielt die Herausgabe von persönlichen Kommunikationsdaten, dazu noch ohne klare Rechtsgrundlage und ohne Gerichtsbeschluss, für einen schweren Ver-

trauensbruch gegenüber dem Personal, und gab dem mit einem offenen Brief Ausdruck. In der VPOD-Sektion Zürich Kanton konstituierte sich eine Arbeitsgruppe, um die Ereignisse an der Universität Zürich zu diskutieren und aktiv zu begleiten.

Die VPOD-Gruppe Universität traf sich im vergangenen Jahr regelmässig zu Sitzungen. Im April 2013 brachte sie alle kandidierenden VPOD-Mitglieder in den inneruniversitären Gremienwahlen mit sehr guten Resultaten in die Personalkommission, die Erweiterte Universitätsleitung, den Senat, die Kommission Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie den Disziplinausschuss.

## Universitätsspital Zürich: Alte Forderungen erfolgreich durchgesetzt

Auch am Universitätsspital (USZ) traf sich die VPOD-Gruppe im vergangenen Jahr regelmässig, bearbeitete aktuelle betriebliche Themen und beschäftigte sich insbesondere mit der Lohnpolitik des Spitals, das sich als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt nicht immer an die Beschlüsse des Regierungsrats gebunden sieht.

Zwei alte Forderungen konnten im vergangenen Jahr im USZ erfolgreich abgeschlossen werden: Im einen Fall ging es um die Entlassung altershalber von Mitarbeitenden, deren Stellen im Jahr 2011 gestrichen wurden, im anderen Fall ging es um die Lohndiskriminierung von Pflegefachfrauen Operationspflege.

Nachdem der Regierungsrat bereits Ende 2012 den Vorwurf des VPOD gegenüber dem USZ bestätigt hatte, dass dieses bei der Vergabe des Sitzwachenauftrags an die private Firma PHS gegen die Submissionsbestimmungen verstossen hatte, stützte er im 2013 auch die Forderung des VPOD gegenüber dem USZ im Zusammenhang mit der bereits erwähnten falschen Fussnote in den BVK-Statuten. Im Jahr 2011 wurden im USZ acht Angestellte zwischen 55 und 58 Jahren wegen Personalabbaus entlassen, ohne die finanziellen Folgen mit einer Entlassung altershalber aufzufangen. Der VPOD hatte damals vergeblich die Möglichkeit einer Entlassung altershalber für die Betroffenen zwischen 55 und 58 Jahren gefordert. Das USZ verwies auf die falsche Fussnote in den BVK-Statuten, nach welcher eine Entlassung altershalber erst ab dem 58. Altersjahr zulässig sei, obwohl der VPOD ausdrücklich auf die Ungültigkeit dieser Fussnote hinwies. Erst nachdem der Regierungsrat dem VPOD im vergangenen Jahr Recht gab, war das USZ bereit, die Situation der acht Betroffenen aus dem Jahr 2011 zu prüfen und ihre Ansprüche rückwirkend korrekt zu erfüllen. Auch im Fall der Lohndiskriminierung von Pflegefachfrauen Operations-



pflege erfüllte das USZ im Jahr 2013 eine alte Forderung des VPOD. Im Auftrag des VPOD verlangte Rechtsanwältin Bibiane Egg im Januar 2008 Lohnnachzahlungen für mehrere Pflegefachfrauen Operationspflege im USZ mit der Begründung, dass ihre Dienste in der Nacht bis zur Einführung des Schichtdienstes per 1. Mai 2007 zu Unrecht als Pikett-Präsenzdienst und nicht als Schichtdienst qualifiziert und entschädigt wurden – im Gegensatz zu vergleichbaren von Männern dominierten

Berufsgruppen. Der VPOD argumentierte, dass die Pikettregelung bei den Pflegefachfrauen eine geschlechtsspezifische Diskriminierung darstellt, da beim Pikettdienst nicht alle geleisteten Präsenzstunden entlohnt wurden, wie dies beim Schichtdienst der Fall war. Das Verwaltungsgericht beurteilte die Darstellung des VPOD als glaubhaft. Es forderte das USZ auf, die geforderten Lohnnachzahlungen zu leisten oder aber zu beweisen, dass entweder keine unterschiedliche Behandlung bezüglich Arbeitsbedingungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Entlohnung vorlag oder dass eine allfällige unterschiedliche Behandlung sachlich und objektiv gerechtfertigt war. Das USZ konnte diese Beweise nicht erbringen und bezahlte die geforderten Lohnnachzahlungen in der Höhe von 5- bis 6-stelligen Beträgen an alle betroffenen VPOD-Mitglieder, die die Verjährung ihres Lohnanspruchs unterbrochen haben.

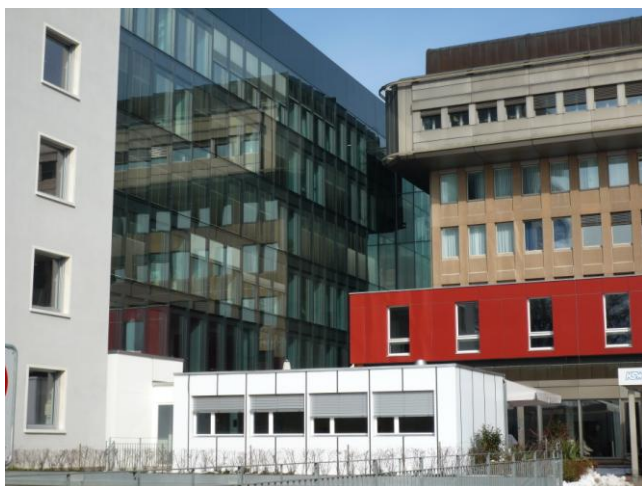
## Weitere Aktivitäten in Kürze

### Unterstützung für neue Personalkommission im Paracelsus Spital

Die an der Personalversammlung Ende 2012 lancierte Petition „Wir wollen eine gute Zukunft für das Paracelsus-Spital“ löste Anfang Jahr im Spital einige Diskussionen aus. Insbesondere konnte das Anliegen der Mitarbeitenden, eine Personalkommission zu gründen, endlich zügig umgesetzt werden. Der VPOD unterstützte das Personal in diesem Prozess und begleitete die Kommission bei ihrem Start.

### Klare Positionierung gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur

Am 11. April 2013 gab Gesundheitsdirektor an einer Pressekonferenz bekannt, dass der Regierungsrat die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) in eine Aktiengesellschaft anstrebt und die Erarbeitung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage in Auftrag gegeben hat. Bereits wenige Tage später beschloss die Generalversammlung des VPOD Zürich Kanton, bei Bedarf das Referendum gegen eine Privatisierung des KSW zu ergreifen. Dieser Beschluss wurde im Mai von der Delegiertenversammlung der VPOD Region Zürich unterstützt. Noch vor den Sommerferien lud der VPOD die Mitglieder im KSW zu einem ersten Treffen zum Thema ein und vernetzte sich mit der SP Winterthur, mit der sich im Laufe des Jahres eine gute Zusammenarbeit etablierte.



### Forderung nach korrektem Verfahren bei Massenentlassung durch Bildungsdirektion

Die „Aufsicht und Beratung von Pflegeeltern und Tageseltern“ liegt seit der Inkraftsetzung der Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz (per 1.1.2012) bei den Gemeinden. Beim Kanton arbeiteten bisher 35 Mitarbeitende, die für diese Aufgaben zuständig waren und die nun entlassen werden sollten. Der VPOD war am 27. August zusammen mit den Vereinigten Personalverbänden (VPV) vom Amt für Jugend und Berufsberatung zu einer Information darüber eingeladen. Im Gegensatz zu den VPV bestand der VPOD auf einem Verfahren für Massenentlassungen, um mit den



Betroffenen ins Gespräch zu kommen und ihre Interessen gegenüber dem Kanton vertreten zu können. Die Bildungsdirektion leitete daraufhin das entsprechende Verfahren ein.

### Neuregelung der Schliessstage am Opernhaus Zürich

Die VPOD-Gruppe Opernhaus traf sich auch im Jahr 2013 regelmässig zu Sitzungen. In einer Abstimmung haben die Angestellten des Opernhauses über den Buss- und Betttag sowie die damit verbundene Neuregelung der Schliessstage entschieden. Das Abstimmungsergebnis hat ergeben, dass ca. 2/3 der Mitarbeitenden damit einverstanden sind, dass der Buss- und Betttag kein Schliessstag mehr sein soll. Was die Kompensation anbelangt, hat sich eine Mehrheit dafür ausgesprochen, dass der 24. Dezember neu als ganzer Feiertag/Schliessstag gelten soll.

### Unterstützung des Personals von ISS Zürich

Im 2013 fanden mehrere Treffen mit Mitarbeitenden der ISS Zürich statt, die sich gegen verschiedene Missstände an ihrem Arbeitsplatz wehren wollen. Die ISS Schweiz – ein Teil der internationalen Reinigungsfirma – untersteht dem Gesamtarbeitsvertrag für die Reinigungsbranche, den der VPOD mitunterzeichnet hat.

### Erste Gespräche über einen Gesamtarbeitsvertrag für die Akutspitäler

Nach der knapp verlorenen Abstimmung über das VPOD-Referendum gegen das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz im Jahr 2012 ist ein Gesamtarbeitsvertrag für die Akutspitäler eine alternative Möglichkeit, die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen des Spitalpersonals zu schützen. Im Sommer fand ein erstes Treffen des VPOD mit Vertretern des Verbands Zürcher Krankenhäuser (VZK) zum Thema Gesamtarbeitsvertrag für Zürcher Spitäler statt. Vorgängig hat der VPOD Kontakt mit den Berufsverbänden SBK und VSAO zu diesem Thema Kontakt aufgenommen.

### Engagement für Care-Migrantinnen

In Zusammenarbeit mit dem VPOD Frauenforum fanden im Jahr 2013 verschiedene Anlässe zum Thema Care-Migrantinnen statt, an denen die prekären Arbeits- und Lohnbedingungen der Frauen thematisiert wurden, die pflegebedürftige Menschen in Privathaushalten betreuen. Wie bereits erfolgreich in Basel im Rahmen des VPOD-Projekts RESPEKT@vpod, sollen Care-Migrantinnen auch beim VPOD Zürich eine unterstützende Anlaufstelle finden.



### Versammlung des Psychatriepersonals

Ende Oktober trafen sich VPOD-Mitglieder aus der Psychiatrie, um den Entwurf eines VPOD-Grundlagenpapiers unter dem Titel „Welche psychiatrische Versorgung?“ zu diskutieren. An der Versammlung kamen auch andere aktuelle Themen zur Sprache, wie die geplante Einführung von Fallpauschalen in der Psychiatrie (Tarpsey) und die Motion für die Auslagerung der kantonalen Psychiatrien, die zur Zeit in der Gesundheitsdirektion bearbeitet wird. Die Versammlung war sich einig, dass eine stärkere Vernetzung und ein regelmässiger Austausch des Psychatriepersonals wichtig ist.

## VPOD zum Vorschlag des Zürcher Regierungsrats für ein neues Gemeindegesetz

In seiner Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes begrüsst der VPOD, dass die Volksrechte der Gemeinden bei Auslagerungen bzw. Zusammenlegungen öffentlicher Dienste gestärkt werden sollen. Der VPOD kritisierte jedoch, dass darin nirgends minimale Standards für das Personal vorgesehen sind. Mindeststandards bezüglich Mitbestimmungsrechte des Personals fehlten gänzlich. Ebenfalls waren keine sozialen Mindeststandards (Sozialplanpflicht, Abgangsschädigungen, Weiterbildungsmaßnahmen) vorgesehen im Falle von Personalabbau, Restrukturierungen und Entlassungen wegen Gemeindefusionen oder Zusammenlegungen von Bereichen mehrerer Gemeinden, oder Auslagerungen bestimmter Bereiche. In seiner Stellungnahme forderte der VPOD entsprechende Korrekturen am Gesetzestext.

## Geplante Änderung der Personalverordnung der Stadt Schlieren

Der VPOD nahm Stellung zum Vorhaben des Stadtrats von Schlieren, den Ferienanspruch des Personals künftig unabhängig vom kantonalen Personalgesetz und den Entscheiden des Regierungsrats festzulegen. Der VPOD stand dem Anliegen positiv gegenüber, weil die vorgeschlagene Lösung über das kantonale Personalrecht hinausging. Der VPOD verlangte jedoch Korrekturen bei der Umsetzung bzw. den konkreten Bestimmungen und insbesondere eine Gleichbehandlung aller Mitarbeitenden. Gemäss Vorschlag des Stadtrats sollten ältere Mitarbeitende von der neuen Lösung weniger profitieren, was der VPOD klar ablehnte.

## Vernehmlassung zur Mitfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Staatsangestellten zu verbessern, schlug der Regierungsrat vor, die Mitarbeitenden mit Beiträgen bei der Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung zu unterstützen. Zu diesem Zweck gab er eine entsprechende Änderung der kantonalen Personalverordnung in die Vernehmlassung. In seiner Stellungnahme begrüsst der VPOD diesen Vorschlag, kritisierte aber, dass Mitarbeitende mit kleinen Pensen keinen Anspruch auf Beiträge haben sollen. Zudem verlangte der VPOD, dass die Beiträge an die Kinderbetreuung abgestuft nach Einkommen gestaltet werden sollen: Je kleiner der Lohn, desto höher der Beitrag. Schliesslich wies er daraufhin, dass zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weitergehende Massnahmen nötig wären wie ein Ausbau des Ferienanspruchs und klare Grenzen für die einseitige Forderung der Arbeitgeber nach flexibler Planbarkeit der Mitarbeitenden.

## Beratung und Unterstützung der VPOD-Mitglieder

Ein wichtiger Teil der Arbeit des Sekretariats, über den naturgemäss wenig gegen aussen berichtet wird, ist die individuelle Beratung und Unterstützung der Mitglieder. Auch im Jahr 2013 haben viele Mitglieder die Möglichkeit genutzt, sich mit ihren persönlichen Fragen rund um den Arbeitsplatz oder die Sozialversicherungen an ihre Gewerkschaft zu wenden. Nicht immer liessen sich Fragen zu Lohn, Arbeits- und Ruhezeiten, Qualifikationen und Arbeitszeugnissen, Weiterbildung, Anerkennung von Diplomen, Kündigungen, Pensionierungen usw. in einem Telefonat oder einer E-Mail-Nachricht beantworten. Insbesondere dann, wenn die Fragen wegen Konflikten am Arbeitsplatz entstanden oder wenn die Arbeitsfähigkeit aufgrund einer Erschöpfung oder Krankheit eingeschränkt oder gar nicht mehr vorhanden war, war es wichtig, für die betroffenen Mitglieder ausreichend Zeit für die Beratung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. In solchen Situationen standen rechtliche Fragen oft im Hintergrund, ging es doch meist darum, mit der Arbeitgeberin eine für das betroffene Mitglied gute Lösung auszuhandeln.

## Vorstand und Sekretariat

Der Sektionsvorstand kam monatlich zusammen, jeweils vorbereitet durch eine Sitzung von Präsidium und Sekretariat. Anfang Jahr traf er sich zu einer ganztägigen Retraite, an der er die Aktivitäten des vergangenen Jahres bilanzierte und das bevorstehende Jahr plante. Dem Vorstand gehörten an: Robert Amsler, Jakob Blickenstorfer, Priska Braun (Vizepräsidentin), Heidi Bucher-Steinegger (Rücktritt per Ende September 2013), Evelyne Bucherer Romero, Andi Daurù (Präsident), Petra Hänni, Flavia Lorant, Hanspeter Lüthy, Nicole Nussbaumer, Werner Portmann, Maya Ryser Lienert, Vesna Wenger, Regula von Ow, René Ziltener, Werni Weber (Gast).

Im Jahr 2013 fand ein Wechsel im Sekretariat statt. Der seit Ende 2004 für die Sektion tätige Sekretär Christoph Lips liess sich per Ende Mai frühzeitig pensionieren. Mit grossem Dank für seine engagierte und erfolgreiche Tätigkeit beim VPOD wurde er verabschiedet. Seine Nachfolge trat Roland Brunner an, der für eine befristete Zeit seine bisherige Aufgabe als politischer Sekretär des kantonalen Gewerkschaftsbundes weiterführte. Dank seiner gewerkschaftlichen und politischen Erfahrung arbeitete er sich rasch und gut in die neuen Dossiers ein und machte so einen erfolgreichen Wechsel im Sekretariat möglich.

Zürich, April 2014

Andi Daurù, Präsident VPOD Zürich Kanton  
Priska Braun, Vizepräsidentin VPOD Zürich Kanton  
Brigitte Gügler, Regionalsekretärin VPOD Zürich  
Roland Brunner, Regionalsekretär VPOD Zürich